Morgen-Ausgabe. Nr. 367 — Sonnabend, 7. August 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.20, durch Abholung RM. 2.00 einschl. 40,00 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei Erscheinen wöchentl. 7mal. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Ausg.-Ausgabe -15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Tarif. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Zifferngeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

„Gemeinschaft, Brüderlichkeit, Unterordnung!"

Franco veröffentlicht sein Parteiprogramm

Kampforganisation mit Milizen und Gewerkschaften

Salamanka, 6. August.

General Franco hat soeben ein Dekret unterzeichnet, das den organischen Aufbau der neuen spanischen Staatspartei „Falange Española Nacionalista y de las Jons" festlegt. Das Parteiprogramm wird zugleich der Oeffentlichkeit übergeben.

In dem Programm wird darin festgestellt, daß diese Partei die Grundlage des neuen spanischen Staates darstellt. Die Partei verkörpert diejenigen Prinzipien, durch die das Volk geschlossen und geordnet zum Staat wird und durch die der Staat dem Volk die Grundregeln des Dienstes an der Gemeinschaft, der Brüderlichkeit und der Unterordnung einübt.

Zur Erreichung dieses Zweckes wird die „Traditionalistische Gemeinschaft" (Carlisten) als Garantie für die Weiterführung der historischen Linie und die „Falange" als berufene Formgeberin der nationalen Revolution zu einer einzigen Kraft zusammengefaßt.

Die Partei setzt sich aus aktiven Mitgliedern und Anhängern zusammen. Aktive Mitglieder sind alle diejenigen, die sich der Parteidisziplin unterwerfen und am 20. April 1937 bereits Mitglieder der alten Falange oder der Traditionalistischen Gemeinschaft waren, sowie solche, die direkt durch den Politischen Ausschuß vor der Veröffentlichung dieses Statuts aufgenommen wurden. Ferner werden aktive Parteimitglieder: die Generäle, Stabsoffiziere, Offiziere und Unteroffiziere der Armee, Marine und Luftwaffe sowie solche Personen, die durch persönlichen Entschluß des Führers der Bewegung aufgenommen wurden. — Hinsichtlich der „Anhänger" wird bestimmt, daß sie im Verlauf von fünf Jahren ordentliche Mitglieder auf Vorschlag der Partei werden können. Sind sie nach fünf Jahren nicht zu aktiven Parteimitgliedern ernannt worden, erlischt ihre Eigenschaft als Anhänger.

Die Partei hat folgende Abteilungen zu schaffen: Außenamt, Unterricht und Erziehung, Presse und Propaganda, Frauenschaft, Sozialamt, Arbeiterorganisationen, Jugendorganisationen, Rechtsamt, politisches Amt, Verkehrs-, Schatz- und Verwaltungsamt und Informationsamt. Außerdem wird die Stellung eines nationalen Inspekteurs begründet.

Ueber die Milizen sagt das Dekret, daß sie im Kriege wie in Friedenszeiten den Dienst der Falange zu verrichten haben und den Schutzwall gegen den inneren Feind darstellen. Den Oberbefehl über die Milizen hat der Führer der nationalspanischen Bewegung.

Was die Arbeiterorganisationen anbelangt, so wird es der Partei zur Pflicht gemacht, die syndikalen, gewerkschaftlichen Organisationen aufrechtzuerhalten und in Richtung auf das Staatsinteresse auszubauen.

Die ständige Vertretung des Nationalrates wird dem Politischen Ausschuß übertragen, der sich aus 12 Mitgliedern zusammensetzt, von denen sechs vom Nationalrat und die restlichen sechs vom Führer der Bewegung ernannt werden. Der erste Nationalrat der Partei wird vollständig von Franco ernannt. Der Nationalrat tritt mindestens jährlich einmal, und zwar automatisch, am 17. Juli, zusammen.

Der Führer der Partei — General Franco — verkörpert die absolute Autorität. Er ist lediglich Gott und der Geschichte verantwortlich. Ihm obliegt die Ernennung seines Nachfolgers.

Dieses Dekret ist datiert vom 4. August 1937 mit dem Beisatz: II. Jahr des Triumphes.

Der Nichteinmischungsausschuß abermals vertagt

Sowjetrußland sabotiert jeden Verhandlungsfortschritt in London

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. August.

Wie erwartet, ist Freitagnachmittag der Londoner Nichteinmischungsausschuß infolge der Haltung Sowjetrußlands, die Gewährung der Rechte Kriegführender an General Franco zu verweigern, vertagt worden. Die Sitzung dauerte nur eineinhalb Stunden. Es war die kürzeste in der Geschichte des Ausschusses. Der Vorsitzende, Lord Plymouth, kann nun den Ausschuß nach Gutdünken wieder einberufen. Die Vertagung — auf vierzehn Tage bis drei Wochen, wie in diplomatischen Kreisen verlautet — erfolgt offensichtlich in dem Bestreben Großbritanniens, die Nichteinmischung im Prinzip unbedingt aufrechtzuerhalten.

Man will in London eben solange wie möglich an dem Gedanken festhalten, daß trotz der Torpedierung des englischen Planes durch Sowjetrußland doch keinesfalls alle Wege zu einer Einigung der Mächte im Ausschuß verlegt sind. Bewußt trägt man Optimismus zur Schau, wenn auch die Lage zur Freude von Moskau alles andere als große Hoffnungen erlaubt. Bis zum nächsten Zusammentritt des Ausschusses will man also weiter an der Lösung der „Meinungsverschiedenheiten" arbeiten, was praktisch wohl bedeuten dürfte, daß London und Paris auch in der nächsten Zeit den nahezu aussichtslosen Versuch unternehmen werden, Moskau für die Zuerkennung der Rechte Kriegführender an das nationale Spanien zu gewinnen.

Vorerst begnügte man sich mit der weiteren Erörterung des Themas „Kontrolle", und zu diesem Zweck hat man in der heutigen Sitzung — das einzige Sachliche, was erreicht wurde — das Ständige Nichteinmischungsamt (Ausschußorgan für die Durchführung der Spanienkontrolle) damit beauftragt, einen Bericht über das bisherige Funktionieren der Kontrolle, der Bezeichnung der Lücken und der Vorlegung von Vorschlägen zur Ausgestaltung der Land- und Seekontrolle, auszuarbeiten. Man will dadurch, wie es heißt, vor allem eine Verbesserung der augenblicklichen einseitigen Ueberwachung durch Frankreich und England an den Küsten des nationalen Spaniens erreichen. Die Ueberwachung sieht nämlich zur Zeit so aus, daß die Landgrenze Spaniens allein nach der Seite Gibraltars hin kontrolliert wird, daß die Handelsschiffe der Nichteinmischungsmächte, die nach Spanien bestimmt sind, auch weiterhin internationale Kontrollbeamte an Bord nehmen und daß die englische und die französische Flotte die Küsten des nationalen Spaniens abpatrouillieren. Die Küsten Rotspaniens hingegen sind — und das betrachtet man allmählich auch in London mit gewisser Besorgnis — nach wie vor offen. Durch den heutigen Beschluß des Ausschusses will man wohl endlich die einseitige Ueberwachung der Küsten des nationalen Spaniens zu ändern versuchen. Dieser Beschluß, bzw. die Betrauung des Amtes, soll aber, wie betont wird, nicht etwa den englischen Plan ersetzen. Dieser Plan soll auch weiterhin Grundlage der Aussprache bleiben.

Der sowjetrussische Vertreter versuchte auch diesmal wieder, die Verantwortung für die Vertagung von Sowjetrußland abzuwälzen. Er erklärte, seine Regierung nehme alle Punkte des britischen Planes an, die mit Nichteinmischung etwas zu tun hätten. Die Gewährung der Rechte Kriegführender sei aber „künstlich" einbezogen worden. Seine Regierung sei höchstens bereit, in einem späteren Stadium, nämlich, wenn alle Freiwilligen zurückgezogen seien, die Zubilligung in Erwägung zu ziehen. Er konnte aber auch für diesen „späteren Termin" keinerlei bindende Zusicherungen erteilen. An die Vertreter Deutschlands, Italiens und Portugals richtete er schließlich die Frage, ob sie bereit seien, die Freiwilligen sofort bedingungslos aus der Feuerlinie zurückzuziehen, und zwar sollten sie mit ja oder nein antworten. Sehr treffend erwiderte ihm der deutsche Vertreter, Gesandter Woermann, die in letzten Sitzung des Ausschusses durch sowjetrussische Haltung geschaffene Lage werde durch die Erklärung Sowjetrußlands in keiner Weise verändert. Der sowjetrussische Vertreter Maiski könne die Verantwortung dafür nicht dadurch von sich abschieben, daß er an andere Delegierte Fragen stelle. Graf Grandi, der italienische Vertreter, fügte noch hinzu, es stehe ein britischer und nicht ein sowjetrussischer Plan zur Diskussion. Als Maiski nochmals das Wort ergreifen wollte, schnitt ihm Lord Plymouth einfach das Wort ab.

Zu der Sitzung des Ausschusses, dem man in London den Spitznamen „Plymouth-Brüder" gegeben hat (benannt nach der gleichnamigen religiösen Sekte in England), erschienen zwei Mitglieder, die einen Autounfall hatten, verletzt: Lord Plymouth mit einem Pflaster über dem rechten Auge, und der portugiesische Vertreter mit einem verbundenen Arm.

Die Segelschulschiffe der Kriegsmarine besuchen Island. Die beiden Segelschulschiffe der Kriegsmarine, „Horst Wessel" und „Gorch Fock", die sich auf einer längeren Ausbildungsreise befinden, werden am 15. August Reykjavik (Island) anlaufen und dort fünf Tage bleiben.

Die große Pleite

Im schönen Zürich in der freien Schweiz tagt seit Mitte dieser Woche der Zionistenkongreß. Fünfhundert Delegierte aus der Judenschaft der ganzen Welt und mehr als fünftausend Zuhörer gleicher Rasse aus aller Herren Ländern haben sich dazu zusammengefunden. Der gegenwärtige ist der zwanzigste Kongreß einer langen Reihe entsprechender Tagungen, die regelmäßig alle zwei Jahre in den vom „auserwählten" Volke auserwählten Hochburgen des internationalen Judentums stattfanden. Ein merkwürdiger Zyklus von zwanzig Jahren — darauf machte geheimniswitternd und vielbedeutend bei der Eröffnung des diesjährigen Kongresses der Vertreter der zionistischen Organisation beim Völkerbund, Dr. Nahum Goldmann, aufmerksam — kennzeichnet die Geschichte dieser Versammlungen. Beim ersten Kongreß, der 1897 in Basel abgehalten wurde, stellte der Zionismus sein Programm auf, den Juden aus aller Welt in Palästina eine nationale Heimstätte zu schaffen. Zwanzig Jahre später, im November 1917, gab der britische Außenminister Balfour jene berühmt-berüchtigte Erklärung ab, die — um das internationale jüdische Kapital den englischen Kriegskreditwünschen gefügig zu machen — den Zionisten die Erfüllung ihrer Forderungen versprach und bezeichnenderweise an Lord Rothschild gerichtet war. Und nun, abermals nach genau zwanzig Jahren, schien der Zionismus am Ziel seiner Wünsche bereits angelangt zu sein: Gerade vor einem Monat, also rechtzeitig genug, um dem Züricher Kongreß zur Begutachtung vorgelegt werden zu können, hat die englische Regierung vorgeschlagen, Palästina, das seither vom blutigen Streit zwischen Juden und Arabern durchtobt worden war, zwischen beiden Völkern aufzuteilen und einen eigenen, selbständigen jüdischen Staat, das „Land Israel", zu schaffen.

Man sollte meinen, daß angesichts solches Erfolges leuchtende Siegesfahnen über dem Kongreßgebäude in Zürich wehen müßten. Aber weit gefehlt. Im Gegenteil: die Stimmung in seinen Hallen ist durchaus gedrückt oder doch so gespannt, wie kaum je zuvor. Ein Teil der Sitzungen findet — wie man vorschützt — „infolge der mangelhaften Raumverhältnisse" hinter verschlossenen Türen und selbst unter Ausschluß der Presse statt. „Unparteiisch gehaltene" Verlautbarungen sollen anstatt dessen die Oeffentlichkeit über den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen unterrichten. Der Präsident der zionistischen Organisation und des Kongresses, Prof. Dr. Chaim Weizmann — bei dem üblichen ständigen Gedankenaustausch zwischen der Downing Street und seinem Amtssitz in der Great Russel Street selbst einer der Väter des englischen Palästinaplanes —, sieht sich einer scharfen Opposition gegenüber, die den Plan nicht etwa grundsätzlich ablehnt, aber mit dem Erreichten oder richtiger mit dem Umfang des Versprochenen nicht zufrieden ist. In echt jüdischer Maßlosigkeit und Habgier fordert sie nicht nur einen Teil, sondern ganz Palästina für die Juden. Davon aber will man in London — wie Herr Weizmann versichert — nichts wissen, und auch das Begrüßungstelegramm, das der zuständige britische Kolonialminister Ormsby Gore aus Genf nach Zürich gesandt hat, ermahnt die Zionisten ausdrücklich, großzügig und sich der Bedeutung der Stunde bewußt zu sein. „Wir haben einen Wendepunkt in der Geschichte Palästinas erreicht", heißt es in dem Telegramm, „und ich hoffe, daß Ihre Beratungen, wenn sie sich einen weiten Gesichtspunkt setzen, viel Prosperität und gute Verwaltung in Palästina im Gefolge haben werden." Ernster noch, ja beschwörend klingen die Worte, mit denen Chaim Weizmann den Kongreß eröffnete. Er sagte: „Wie hitzig und erregt die Debatten dieses Kongresses auch sein werden, wir fühlen alle, daß die Entscheidung, die wir zu fällen haben, an die Wurzel unserer Existenz und an den Kern unserer Bewegung greift." Weizmann hat, falls der Kongreß die englischen Vorschläge nicht annimmt, seinen Rücktritt angedroht. Und der schon erwähnte Dr. Nahum Goldmann formulierte die Bedeutung des Kongresses gar so, daß es „bei den Juden in der Palästinafrage um Tod oder Leben" gehe.

Nun, die Hoffnungen auf eine einstimmige Befürwortung des Palästinaplanes, den die englische Regierung angesichts der auftauchenden Schwierigkeiten inzwischen ja auch von der Erörterung im Unterhaus zurückgezogen hat, durch den Zionistenkongreß sind gering. Und wenn man deshalb auch nicht gleich mit Herrn Goldmann an den Untergang des gesamten Judentums zu glauben braucht, so bedeutet doch die Ablehnung des Palästinaplanes durch einen bedeutenden Teil des Judentums die große Pleite und damit die Entlarvung des zionistischen Gedankens. Denn warum wollen die Juden nicht nach Palästina zurückkehren? Weil sie dort produktive Arbeit leisten, weil sie ihr bequemes Schmarotzerdasein bei den Wirtsvölkern aller Welt aufgeben,